

97 August 2018

Alter und Gesellschaft	
Altersarbeit	1
Politik	
Stärkung des Milizsystems	5
Politik	
Gemeinden und ihre Mitgliedschaften	6
Gesundheit	
Pilzkontrollen und -kontrollstellen	7
Politik	
Gebietsreform im Kanton Graubünden	8
Gemeindevorsitzende a.D.	
Erstes Ehemaligentreffen	10
Neustrukturierung Asylbereich	
Auswirkungen im Kanton Thurgau	13
News vom VTG	
Wechsel in der Geschäftsleitung	14
Inländervorrang light	
Einführung der Stellenmeldepflicht	15
Im Übrigen	
Agenda	
Das gibt's nur bei uns!	16



KOMMENTAR

Beim Schlagwort «demographische Herausforderung» denkt man sofort an die Betreuung oder Pflege von Hochaltrigen. Doch auch die Zahl der frisch Pensionierten nimmt zu. Wer heute pensioniert wird, ist in der Regel topfit, sucht nicht den Ruhestand, sondern neue Herausforderungen. Viele wollen sich für eine gemeinnützige Aufgabe engagieren. Freiwillige schätzen den Einsatz im eigenen Quartier, in vertrauter Umgebung. Mit einer organisierten Nachbarschaftshilfe werden Schwellen abgebaut und der Austausch zwischen den Generationen gefördert. Die gegenseitige Hilfe in der Nachbarschaft und die Unterstützung von betreuenden Angehörigen sind wichtige Faktoren, damit ältere Menschen lange zufrieden zuhause leben können. Das kostet nicht viel, ist aber für die Betroffenen sehr viel wert.

Elsbeth Aepli Stettler,
Stadträtin Frauenfeld
elsbeth.aepli@stadtfrauenfeld.ch

Altersarbeit ist auch Quartierarbeit

Die Stadt Frauenfeld definiert im aktuellen Alterskonzept griffige Massnahmen für ein zufriedenes Älterwerden. Neben guter ambulanter Gesundheitsversorgung wird der Fokus auf das soziale Miteinander gesetzt. Die Bevölkerung wird mittels partizipativen Ansätzen fürs Alter sensibilisiert, damit generationenübergreifende Hilfe etwa in den Wohnquartieren möglich wird. Wie können Gemeinden solche Prozesse initiieren? Was und wen braucht es dafür?



2

Frau Brunner ist schon mehrmals über eine Teppichfalte in ihrer Wohnung gestolpert. Einmal hat sie sich dabei sogar leicht verletzt. Ein junger, handwerklich begabter Nachbar wird von der organisierten Nachbarschaftshilfe aufgeboten und spannt den Teppich mit wenigen Handgriffen wieder. Dank dem Quartiertreffpunkt kommt Herr Rohner endlich wieder einmal aus seinen vier Wänden heraus. Mit einem zufriedenen Lächeln sitzt er einmal pro Woche mit Gleichgesinnten am Jasstisch. Die Talentbörse macht es möglich, dass sich rüstige Ältere regelmässig für ein Urban-Ping Pong-Spiel treffen. Sie nutzen abends öffentliche Ping Pong-Tische mit viel Spass und bleiben dadurch in Bewegung. Selbstverständliche Geschichten würde man meinen, aber vor Einführung der organisierten Nachbarschaftshilfe, der Talentbörse und des Quartiertreffpunkts im Frauenfelder Quartier Kurzdorf gab es solche Begegnungen nur selten.

Alterskonzept weist den Weg

Gemäss einem japanischen Sprichwort ist die grösste Kulturleistung eines Volkes, wenn die betagten Menschen zufrieden sind. Die Stadt Frauenfeld setzt im aktuellen Alterskonzept genau da den Hebel an. Neben dem Bestreben, die ambulante Gesundheitsversorgung durch professionelle Anbieter möglichst abgestimmt und bedürfnisgerecht bereitzustellen, wird ebenso stark auf das soziale Miteinander fokussiert. Im Quartier und in der Nachbarschaft sollen das soziale Miteinander gefördert und die Einwohner mittels partizipativen Ansätzen zum Thema «Alter» sensibilisiert werden.

Projekt AWIQ nutzt die Vorteile des Kleinräumlichen

Mit dem Pilotprojekt AWIQ «Älter werden im Quartier» regt die Stadt Frauenfeld soziokulturelle Entwicklungen an, die auf Quartierebene geschehen. Im Fokus stehen ältere Menschen und ein partizipativer Ansatz. Freiwillige aus allen Generationen konnten mobilisiert werden, um sich mit ihrem Quartier auseinanderzusetzen. Das führte dazu, dass sie sich vermehrt mit ihrem Quartier zu identifizieren und zu engagieren begannen – was vor allem älteren Menschen zu Gute kam. Entstanden sind im Quartier Kurzdorf (rund 6'500 Einwohner) ein Begegnungsort, eine vernetzte Nachbarschaftshilfe, eine Talentbörse und die Inter-

sensgemeinschaft Wohnen, die zusammen mit einer Baugenossenschaft eine Generationenwohnsiedlung realisieren wird.

Vernetzt mit Organisationen

Parallel zu den entstandenen Teilprojekten initiierte die Stadt Frauenfeld einen Vernetzungsprozess mit Organisationen und Institutionen in der Altersarbeit. Die Spitex kann nun bei Bedarf die Nachbarschaftshilfe aufbieten. Die Pro Senectute erhält auf Wunsch Unterstützung bei ihren Geburtstagsbesuchen und der Sozialdienst des Spitals könnte die Nachbarschaftshilfe als Begleitmassnahme bei einem Spitalaustritt beiziehen. Im Begegnungsort haben schon die KESB, die Polizei und weitere Fachstellen Vorträge gehalten.

Nachhaltiger Effekt dank der Gemeinde

Solche Resultate sind nur möglich, wenn Freiwillige früh einbezogen werden. Sie müssen spüren, dass ihre Bedürfnisse erkannt und ernstgenommen werden. Zusätzlich hilft es, wenn sie die Rahmenbedingungen und die gesteckten Ziele der Gemeinde spüren und sie sich von ihr unterstützt und getragen fühlen. Es braucht eine Begleitung durch die Gemeinde, die auch kurze Wege zu Entscheidungsträgern ermöglicht und Wertschätzung entgegenbringt. Letztlich motivieren sich die Freiwilligen selbst, indem sie in ihrem Engagement auch einen Mehrwert für sich sehen. Einige Personen gaben auf die Frage, was sie für die Nachbarschaftshilfe motiviert, zur Antwort, dass sie hoffen, im Alter ebenso gut umsorgt zu werden.

Ein gutes Pilotprojekt kann Vorbild sein

Das Projekt AWIQ im Quartier Kurzdorf hat erfolgreich gezeigt, dass eine gemeinsame Gestaltung der Zukunft und des Zusammenlebens auf grosse Nachfrage stösst. Der Leuchtturm zeigte seine Ausstrahlung und so regen sich auch in anderen Quartieren Initianten, die ähnliches erreichen wollen. In einem Quartier wollen engagierte Leute die organisatorische Struktur der Nachbarschaftshilfe aus dem Pilotprojekt praktisch 1:1 übernehmen. In einem weiteren Quartier holt eine Interessengruppe im Rahmen einer Zukunftswerkstatt die Bedürfnisse, Ideen und Zukunftsvisionen der

Quartierbevölkerung ab. Dabei fällt auf, dass Wohnen, Begegnungsort und Nachbarschaftshilfe immer zentrale Themen sind.

Achtsamkeit in der Quartier- oder Gemeindefarbeit

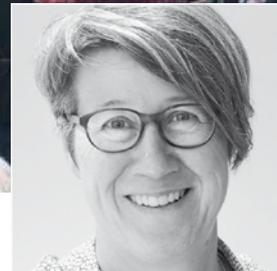
Was gilt es für Gemeinden grundsätzlich zu beachten, die mit einem ähnlichen Ansatz unterwegs sind? Der Schlussbericht von AWIQ beschreibt folgendes:

- Faktor Zeit: Die Entwicklung der Projekte und der Angebote braucht Zeit. Dennoch dürfen Prozesse nicht zum Stehen kommen. Sichtbare Fortschritte motivieren zum Weitermachen.
- Faktor Vertrauen: Eine Kultur des «Hilfe annehmen» setzt nicht nur die Bekanntheit der Angebote, sondern auch Vertrauen voraus. Die Offenheit, Hilfe zu sehen und diese anzunehmen, entwickelt sich langsam.
- Einbettung in politisches Geschehen: Ein Quartier- oder Gemeindeprojekt soll ins aktuelle politische Geschehen innerhalb und ausserhalb der Gemeinde eingebettet sein.
- Freiwilligenengagement: Personen müssen aktiv gefunden, eingeladen, ermutigt und unterstützt werden. Ein Ressourcen-Check hilft, die optimale Ausgangslage für die Partizipation in den Projekten zu schaffen.
- Koordination der Öffentlichkeitsarbeit: Die Kommunikation muss ihrem Stellenwert entsprechend ausgestaltet und angesiedelt sein. Sie sollte frühzeitig und kontinuierlich sowie kompetent und wirkungsvoll umgesetzt werden. www.awiq.ch

Profit in der Gemeinde

Insgesamt entfalten Quartierprozesse mit Blick aufs Älterwerden im Quartier dann eine besonders nachhaltige und ausstrahlende Wirkung, wenn es gelingt, mit ihnen weitergehende öffentliche Debatten auszulösen. So wird auch ein positives Denken zum Thema «Älterwerden» entwickelt. Dazu gehören das Zusammenleben, das Zusammenwohnen und das Helfen in der Gemeindegessellschaft.

Urban Kaiser, Leiter Amt für Alter und Gesundheit der Stadt Frauenfeld
urban.kaiser@stadtrauenfeld.ch



Die Regio trägt dem wachsenden Anteil von Älteren Rechnung

3

Der demografische Wandel gilt als eine der grossen gesellschaftlichen Herausforderungen unserer Zeit. In den nächsten Jahren und Jahrzehnten verändert sich die Altersstruktur der Bevölkerung erheblich, die Menschen werden älter, weniger Kinder werden geboren. Mit einer fortschrittlichen Altersarbeit und einer intensivierte Kooperation unter den Gemeinden will die Regio Frauenfeld diesen Herausforderungen begegnen.

Die Regio Frauenfeld hat sich bereits 2001 in ihren Entwicklungsvorstellungen damit auseinandergesetzt, dass die Bevölkerung immer älter wird. Sie hat im Leitsatz «Kultur in ihren vielfältigen Erscheinungsformen pflegen» das Ziel formuliert: «Dem wachsenden Anteil älterer Einwohner ist Rechnung zu tragen».

Auch in den 14 Erfolgsfaktoren, welche für die Regio identifiziert worden sind, wird auf die alternde Bevölkerung Bezug genommen: Die Regio Frauenfeld bietet gute Voraussetzungen als «Wohnort und Zentrum für engagierte Junggebliebene, Seniorinnen und Senioren». Bei der demografischen Entwicklung sind somit nicht nur die Risiken, die eine alternde Bevölkerungsstruktur mit sich bringt, erkannt worden, sondern auch die Chancen, die sich ergeben, wenn die Baby-Boomer-Generation pensioniert wird.

Vielfältiges Angebot in den Gemeinden

Die Gemeinden der Regio sind in der Altersarbeit sehr unterschiedlich aufgestellt. Es existiert ein vielfältiges Angebot im Bereich Aktivierung, Beratung, Begleitung und Soziokultur, welche von engagierten Personen aus den Landeskirchen, der Pro Senectute, dem Schweizerischen Roten Kreuz (SRK) und von Seniorenvereinigungen und Freiwilligen getragen werden. Zentrale Aufgaben der Gemeinden wie die Erarbeitung eines Alterskonzepts, die Information zu Angeboten oder die Sicherstellung einer leistungsfähigen ambulanten Versorgung werden sehr unterschiedlich wahrgenommen.

Die Stadt Frauenfeld hat im Dezember 2013 mit ihrem Alterskonzept die Basis für eine fortschrittliche altersfreundliche Politik geschaffen und mit der Fachstelle «Alter und Generationen» sowie dem Projekt «Älter werden im Quartier» eine Vorreiterrolle übernommen und Massstäbe gesetzt. Eine zukunftsgerichtete Alterspolitik auch in den Gemeinden der Regio zu verankern und die Gemeinden in ihren diesbezüglichen Bemühungen zu unterstützen, lag somit auf der Hand.

Projekt «Umsorgt älter werden» in vier Gemeinden

Die Ausschreibung für das Programm Socius der Age-Stiftung im 2015 kam für die Regio Frauenfeld zum richtigen Zeitpunkt. Sie hat mit ihrer Projekteingabe «Umsorgt älter werden» reüssiert und beteiligt sich mit neun weiteren Gemeinden und Regionen in der deutschen Schweiz am Programm. Die Gemeinden Matzingen, Pfyn, Stettfurt und Warth-Weiningen waren interessiert, als Pilotgemeinden mitzuwirken.

In einem ersten Schritt sind Zukunftskonferenzen in den Pilotgemeinden durchgeführt worden. Die Bevölkerung hat sich engagiert eingebracht und erste Lösungsansätze für eine altersfreundliche Entwicklung in der Gemeinde präsentiert. Diese betreffen neue Wohnformen fürs Alter sowie die Förderung eines aktiven, Generationen verbindenden Gemeindelebens, beispielsweise durch die Einrichtung von Begegnungsräumen. Weitere Anliegen stellen eine verbesserte Kommunikation und Vernetzung der bestehenden Angebote

im Altersbereich dar sowie die Unterstützung und Organisation der Nachbarschaftshilfe und Freiwilligenarbeit.

Grosses Engagement der Bevölkerung

Erfreulich ist, dass die Dynamik und das grosse Engagement der Zivilbevölkerung auch in die Umsetzung mitgenommen werden konnte. Mittlerweile sind in allen Pilotgemeinden Alterskonzepte in Arbeit. In zwei Gemeinden sind Gremien ins Leben gerufen worden, welche eine Verankerung in der Gemeinde über die Projektphase hinaus gewährleisten und mit der Umsetzung der im Alterskonzept festgehaltenen Massnahmen betraut sind. In Stettfurt und Warth-Weiningen tragen attraktive, vielfältige Veranstaltungsprogramme – vom Erzählcafé bis zur Tauschbörse – zu einem aktiven, generationenübergreifenden Gemeindeleben bei. Bei der Nachbarschaftshilfe und Freiwilligenarbeit wird das Modell KISS (Nachbarschaftshilfe mit Zeitgutschrift) auf Initiative der Gemeinde Stettfurt mit einer regionalen Ausrichtung weiterverfolgt.

*Brigitte Fürer, Geschäftsführerin
Regio Frauenfeld, info@regiofrauenfeld.ch*

Bildungszentrum Wirtschaft Weinfelden
Weiterbildung

Thurgau



Meine Ziele Meine Schule

Wirtschaft, Persönlichkeit, Informatik, Sprache



Top-Lehrgänge für die öffentliche Verwaltung

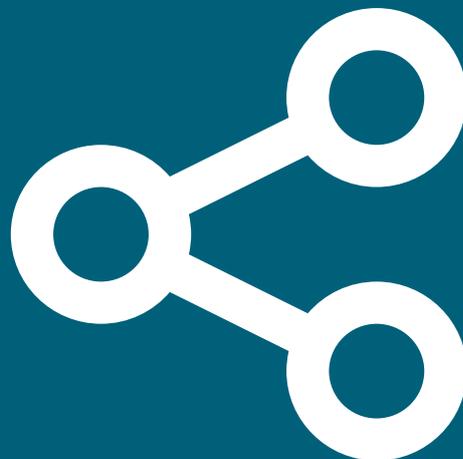
- 1801 Fachperson Steuern – mit Vertiefung Gemeindesteuernamt oder Steuerberatung
- 1802 Fachperson Bau- und Planungswesen
- 1803 Fachperson im gesetzlichen Sozialbereich
- 1804 Fachperson Rechnungswesen in öffentlichen Verwaltungen
- 1806 Fachperson Einwohnerdienste
- 1808 Vertiefung/Refresher Fachperson im gesetzlichen Sozialbereich
- 1810 Verwaltungsökonom/in Thurgau

Details und weitere 194 Angebote unter weiterkommen.ch.



QUELLE: BETUCH

Wir bringen die digitale Vernetzung der Schweiz voran.



Für die digitale Schweiz.
Mit Sicherheit.


abraxas



Frischer Wind zur Stärkung des Milizsystems

Das Milizsystem ist nicht am Ende. Es braucht aber dringend neue Impulse. Um es zu stärken, müssen das Rekrutierungspotenzial besser ausgeschöpft, das Gemeinderatsamt attraktiver gestaltet und dessen positive Seiten bekannter gemacht werden. Dabei dürfen die Gemeinden ruhig auch Kreativität walten lassen. Der Schweizerische Gemeindeverband lanciert 2019 das «Jahr der Milizarbeit».

«Gesucht: Gemeinderat». So oder ähnlich lauteten in jüngster Zeit die Titel einiger Zeitungsartikel. Gemäss dem Gemeindemonitoring 2017 haben rund 50 Prozent der Gemeinden Schwierigkeiten bei der Rekrutierung für die Gemeindeexekutive. Das Problem ist hinlänglich bekannt, nun sollten Lösungen gesucht werden. Der Schweizerische Gemeindeverband (SGV) plant deshalb für 2019 das «Jahr der Milizarbeit». Dieses wird der Verband nicht nur mit eigenen Aktivitäten bestreiten, sondern in Zusammenarbeit mit Partnern aus Wirtschaft, Gesellschaft und Forschung gestalten. Der SGV will Impulse geben und solche selber wieder aufnehmen. Das Programm wird voraussichtlich im Herbst bekannt gegeben.

Das Rekrutierungspotenzial besser ausschöpfen

Leider gibt es kein Allheilmittel, wie Gemeinden bei Personalnöten in ihren Exekutiven vorgehen sollen. Empfehlenswert ist, auf Vereine zuzugehen. Denn dort treffen sich oft engagierte Personen, die vielleicht Interesse an einem politischen Amt haben. Um den Notstand zu beheben, muss das Rekrutierungspotenzial besser ausgeschöpft werden – vor allem bei den Rentnern, den Jungen und bei den Frauen. Es gibt verschiedene Möglichkeiten, die das Amt in der Gemeindeexekutive attraktiver machen können: z.B. neue Gemeindeführungsmodelle, die Anpassung von Sitzungsterminen und -rhythmen oder der Einsatz digitaler Kommunikationstechnologien. Letztere sind von grosser Bedeutung, um die Jungen zu erreichen oder um einen spielerischen Zugang

zur kommunalen Politik zu ermöglichen. Eine wichtige Rolle spielen auch die Arbeitgeber. Indem sie flexible Arbeitsbedingungen anbieten, erleichtern sie ihren Mitarbeitenden, ein politisches Nebenamt in der Gemeinde zu übernehmen. In der Wirtschaft hat, auch dank dem Engagement von economiesuisse, bereits ein Umdenken stattgefunden.

Kreativität und Wertschätzung

Der Ansatz, den Robert J. Zaugg, Dozent an der Universität Fribourg, 2013 am Politforum Thun präsentiert hat, ist nach wie vor aktuell. Er plädierte dafür, den «Musterbruch» zu wagen und neue Wege zu beschreiten. Kandidaten fänden spannende Stellen bei interessanten Unternehmen oder öffentlichen Institutionen und nicht umgekehrt. Dies sei auch bei der Gewinnung von Gemeindepolitikerinnen und -politikern zu beachten, so Zaugg. Die positiven Seiten des Exekutivamtes müssen also bekannt gemacht werden. Die Gemeinden dürfen dabei durchaus kreativ sein!

Ein bedeutender Aspekt der Attraktivität von öffentlichen Ämtern ist die Wertschätzung – Respekt, Anerkennung, Entschädigung. Viele Gemeinden haben die Entschädigungen in den letzten Jahren erhöht. Doch noch wichtiger ist die Entwicklung einer Anerkennungskultur, denn es braucht nicht nur höhere finanzielle Entschädigungen, sondern eine grössere Wertschätzung des ehrenamtlichen Engagements. Die rund 16'000 vorwiegend im Milizsystem tätigen Mitglieder von Gemeindeexekutiven leisten einen enorm wertvollen Beitrag. Sie tragen mit ihren Erfahrungen und Kenntnissen aus dem beruflichen Umfeld dazu

bei, dass die Gemeinden innovativ, bürgernah und anpassungsfähig bleiben.

Engagement auf breiter Ebene

Die Erhaltung des Milizsystems hat für den SGV oberste Priorität. Er hat seine Kampagne zur Stärkung des Milizsystems im Oktober 2016 mit der Veranstaltung «Mehr Junge in den Gemeindeexekutiven» lanciert, an der auch die Thurgauer Regierungsrätin Carmen Haag referiert hat. In der Zwischenzeit hat der SGV sein Engagement verstärkt: Im Februar 2017 wurde der Verein «Förderung junge Personen in der Gemeindepolitik» gegründet, in dessen Vorstand der SGV vertreten ist. Des Weiteren ist der SGV Projektpartner des Forschungsprojekts Promo35 der HTW Chur. Damit sollen Instrumente zur politischen Nachwuchsförderung entwickelt werden. Um den Einstieg in ein Gemeinderatsamt zu erleichtern, hat das Zentrum für Verwaltungsmanagement der HTW Chur mit Unterstützung des SGV ein «Startpaket für Gemeindepolitiker/-innen» verfasst (siehe direkt 96/2018). Und bereits 2016 hat der SGV zusammen mit dem «Beobachter» den Ratgeber «Aktiv werden in der Politik» herausgegeben. Weitere Informationen: www.milizsystem.ch

Philippe Blatter, Verantwortlicher
Verbandskommunikation beim
Schweizerischen Gemeindeverband
philippe.blatter@chgemeinden.ch



Die Gemeinden und ihre Mitgliedschaften

Die Gemeinden sind Mitglied in vielen Vereinen, Verbänden oder Organisationen, teilweise fast zwangsläufig. Aber wie soll man bei dieser grossen Anzahl an Mitgliedschaften die Übersicht behalten? Und wer entscheidet über die Auszahlung der jährlichen Mitgliederbeiträge? Im Rahmen meiner Ausbildung zum Kaufmann Öffentliche Verwaltung EFZ habe ich den Auftrag erhalten, mich mit den Grundlagen dieser Mitgliedschaften zu befassen.

Die Gemeinde Kemmental ist in über 70 Verbänden oder Vereinen Mitglied oder an Institutionen beteiligt. Diese Mitgliedschaften sind in ganz unterschiedlichen Fachgebieten angesiedelt: Gesundheit, Tourismus, Gewerbe, Kultur (Musik, Sport) oder Versorgung. Jährlich gehen unzählige Rechnungen für solche Mitgliedschaften ein und kaum jemand weiss (noch), auf welche Grundlagen sich die Mitgliedschaften stützen bzw. ob die Mitgliederbeiträge überhaupt gerechtfertigt sind.

Seit rund zwei Jahren hat die Finanzverwaltung alle eingehenden Mitgliedschafts- oder Jahresbeitragsrechnungen in einer Liste erfasst und dann in Zusammenarbeit mit der Gemeindekanzlei geprüft, ob die in Rechnung gestellten Beiträge einem Gemeinderatsbeschluss zugrunde liegen.

Die vorhandenen Beschlüsse wurden in der Liste ergänzt und sowohl die Gültigkeitsdauer des Beschlusses als auch die Höhe der Beiträge aufgeführt. Zudem werden auf der Liste alle ausbezahlten Beträge erfasst, damit ein Vergleich erstellt und eine allfällige stillschweigende Erhöhung festgestellt werden kann.

Mitgliedschaft ohne Gemeinderatsbeschluss

Im Zusammenhang mit der Kontrolle der Rechnungen mit der Gemeindekanzlei hat sich mehrfach herausgestellt, dass Gemeinderatsbeschlüsse zu teils Mitgliedschaften fehlen. In erster Linie haben wir in der Buchhaltung

versucht herauszufinden, seit wann die Mitgliederbeiträge an diese Institution bezahlt werden. Da die Mitgliedschaften teilweise schon vor Beginn unserer Buchhaltung bestanden haben, hat die Finanzverwaltung diese Institutionen kontaktiert und betreffend Dauer der Mitgliedschaft angefragt. Auch dem VTG wurde eine solche Anfrage geschickt.

Von den meisten Verbänden haben wir eine Rückmeldung erhalten. Oft konnte uns sogar ein Aufnahmeentscheid oder eine Mitgliedschaftsbestätigung zugestellt werden.

Alle Mitgliedschaften, für die Mitgliederbeiträge bezahlt werden ohne dass ein Beschluss vorhanden ist, werden nun dem Gemeinderat zur Diskussion vorgelegt. Der Gemeinderat wird entscheiden müssen, ob die Mitgliedschaften sinnvoll sind und fortgeführt werden oder ob allenfalls eine Kündigung in Frage kommt.

Grundsatz für die Zukunft

Jedem Mitgliederbeitrag soll ein Gemeinderatsbeschluss zugrunde liegen. Alle Rechnungen werden von der Finanzverwaltung geprüft. Dabei wird kontrolliert, ob für die entsprechende Institution ein Beschluss vorhanden ist. Wenn ja, wird Betrag und Gültigkeitsdauer (einige Beschlüsse sind befristet) ebenfalls kontrolliert.

Sobald Abweichungen zwischen Rechnung und Beschluss festgestellt werden, wird die Mitgliedschaft durch die Gemeindekanzlei für den Gemeinderat traktandiert.

Das habe ich gelernt

Aufgrund meiner Tätigkeit in der Finanzverwaltung wurde mir bewusst, dass die Gemeinde Kemmental jährlich eine grosse Anzahl an Rechnungen für Mitgliederbeiträge von Verbänden und Institutionen erhält. Ich habe festgestellt, wie wichtig es ist, dass man die Zahlungen nach einem klaren Prinzip tätigt, wie zum Beispiel in unserem Fall auf der Basis von Gemeinderatsbeschlüssen. Ich habe persönlich auch Erfahrungen über die vielfältigen Arten und den Nutzen der Mitgliedschaften sammeln können. Die Rückmeldungen durch die verschiedenen Verbände und Institutionen sind interessant und ausführlich. Diese Informationen werden dem Gemeinderat zur Prüfung der noch ausstehenden Aufträge behilflich sein. Die grosse Anzahl an Mitgliedschaften, welche die verschiedensten Bereiche betreffen, finde ich sehr eindrücklich.

Lukas Bürge, Lernender 1. Lehrjahr
Gemeinde Kemmental
lukas.buerge@kemmental.ch



Pilzkontrollen – wichtiger Beitrag für die Volksgesundheit

Diverse Thurgauer Gemeinden betreiben – meist überkommunal zusammengeslossen – Pilzkontrollstellen. Diese mögen auf den ersten Blick ein Nischendasein fristen. Beim genaueren Betrachten wird jedoch deren Wichtigkeit erkennbar. Immer wieder fischen die Kontrolleure nebst ungeniessbaren und giftigen auch tödlich giftige Pilze aus dem Sammelgut. Seit der Änderung des Lebensmittelgesetzes im Jahr 1992 fehlt es an einer nationalen Regelung für die Kontrolle von privat gesammelten Pilzen. Seither nahm die Zahl der amtlichen Pilzkontrollstellen kontinuierlich ab.

Die Spätsommerzeit ist die Zeit der meisten Pilze. Deren Aufkommen ist stark witterungsabhängig. Die Beobachtung der Pilzkontrollstellen zeigt, dass sich in den letzten Jahren besonders viele junge Leute, auch Familien mit Kindern, für das Pilzesammeln begeistern. Das Erlebnis in der Natur, verbunden mit einem Hauch Abenteuer, lockt viele erfahrene, aber auch unerfahrene Sammler in die Wälder. Demzufolge besteht auch eine grosse Nachfrage nach Kontrollen. Denn wer ohne Erfahrung Pilze unkontrolliert zubereitet, handelt nicht nur unverantwortlich, er spielt unter Umständen sogar mit dem Leben. Es gibt Pilze, die derart starke und hochdosierte toxische Stoffe enthalten, dass selbst der Verzehr kleinster Mengen zum Tod führen kann. 2017 war ein starkes Pilzjahr. Ein Beispiel aus der Praxis: Die Pilzkontrollstelle Bischofszell mit 10 angeschlossenen Gemeinden führte insgesamt 151 Kontrollen, die meisten davon zwischen Mitte August und Ende Oktober, durch. Kontrolliert wurden 153 kg Pilze. Davon wurden 6 kg Giftpilze festgestellt. Hoch war auch die Zahl der Pilzvergiftungen in der Schweiz. Die Stiftung Tox Info Suisse (Toxzentrum) verzeichnete fast 600 Vergiftungsfälle. Hier zeigt sich die Wichtigkeit der Pilzkontrollstellen. Diese waren im vergangenen Sommer und Herbst äusserst gut frequentiert. Den durch den Verband amtlicher Pilzkontrollorgane (VAPKO) ausgebildeten Kontrolleuren kommt dabei eine verantwortungsvolle Rolle zu. Sie kontrollieren nicht

nur das Sammelgut, sondern werden auch bei einem Vergiftungsverdacht durch das Toxzentrum aufgebeten. Die Kontrollperson muss dann oft unter Einbezug von Mikroskop und Fachliteratur den konsumierten Pilz, oder was davon noch übrig ist, bestimmen. Die Bestimmung ergibt, welches Pilzgift sich im Körper des Betroffenen befindet und bringt wichtige Anhaltspunkte für die medizinische Behandlung. Für sehr ernste Fälle werden Kontrolleure, welche als Spitaldiagnostiker ausgebildet sind, herangezogen. Nicht selten kommt es auch vor, dass Pilzkontrolleure nach dem Verzehr von Gartenpilzen durch Kleinkinder beigezogen werden. Und schliesslich stehen die Kontrolleure auch für Anfragen ausserhalb der Hauptsaison zur Verfügung, sie müssen also über eine gewisse Flexibilität verfügen.

Fehlende gesetzliche Grundlage als Problem

Eine gesetzliche Verpflichtung zur Führung von amtlichen Pilzkontrollstellen gibt es in der Schweiz nicht mehr. Dass sich diese Situation kurzfristig ändert, ist nicht absehbar. Der Bundesrat äusserte sich kürzlich auf eine entsprechende Interpellation aus dem Parlament dahingehend, dass das heutige System ausreiche, um eine flächendeckende Kontrolle sicherzustellen. Ausserdem wird an die Eigenverantwortung der Sammler appelliert. Er vertritt weiter die Ansicht, dass eine wirkungsvolle Kontrolle auch durch private Organisati-

onen betrieben werden könne. Diese Haltung ist für den VAPKO wie auch für den Verein für Pilzkunde Thurgau nicht nachvollziehbar. Die geforderte Eigenverantwortung steht aus unserer Sicht nicht im Verhältnis zum hohen Risiko. Eine rechtliche Grundlage wäre darum wünschenswert. Die Pilzkontrollstellen leisten einen wichtigen Beitrag für die Volksgesundheit. Wir sind daher klar der Meinung, dass diese Aufgabe der öffentlichen Hand und nicht Privaten zukommen soll. Finanzielle und haftungsrechtliche Gründe spielen diesbezüglich ebenfalls eine wichtige Rolle.

Zusätzliche Kontrollstellen wären wünschenswert

Der Kanton Thurgau ist punkto Kontrollstellen und ausgebildetem Kontrollpersonal grundsätzlich gut abgedeckt. Die aus mehreren Gemeinden zusammengesetzten Kontrollgebiete sind jedoch sehr grossflächig. Es ergibt sich daher häufig eine Massenabfertigung bei den Kontrollen. Oft fehlt die Zeit für ausführliche Erklärungen durch die Kontrolleure. Tendenziell wäre es zu begrüssen, wenn zusätzliche Kontrollstellen entstehen. Der finanzielle Aufwand ist für eine Gemeinde überschaubar. Der Verein Pilzkunde Thurgau bringt fast jährlich neues Kontrollpersonal hervor. Er steht darum gerne unterstützend zur Verfügung, wenn eine Gemeinde eine Pilzkontrollstelle anbieten möchte, jedoch über kein Kontrollpersonal verfügt. Die Gemeinden ihrerseits können einen Beitrag leisten, indem sie sich für die Ausbildung zukünftiger Kontrolleure bemühen. Einige machen dies bereits vorbildlich, indem sie Prüfungswillige bei den Kurs- und Prüfungskosten finanziell unterstützen.

Andreas Zwicky, Präsident Verein für Pilzkunde Thurgau, az@azwickyplanung.ch



Gemeindeentwicklung in Graubünden

Während im Kanton Thurgau Ende des 20. Jahrhunderts eine Strukturbereinigung bei den Gemeinden stattfand, nahm im Kanton Graubünden erst nach dem Jahr 2000 eine grosse, massgeblich von unten initiierte Gebietsreform ihren Anfang. Die Gründe dafür können auch anderen Kantonen Hinweise für ihre Entwicklung geben.

Der Kanton Graubünden, das Land der 150 Täler, zeigt sich auch punkto Gemeindeentwicklung äusserst heterogen. Anfang der siebziger Jahre des letzten Jahrhunderts, kurz vor dem Erlass des ersten Gemeindegesetzes, war die Lage der Bündner Gemeinden schwierig. Die fehlende einheitliche Gemeindepolitik führte zu Rechtsunsicherheit und -ungleichheit in verschiedenen Fragen der Behördentätigkeit und der Administration. Kleingemeinden wurden noch kleiner, die finanzielle Notlage verschärfte sich. Abwanderung und Überalterung führten zu einem Mangel an personellen Kräften. Gleichzeitig wurden die zu lösenden Aufgaben und Probleme immer grösser. Auch war die Rolle der Bürgergemeinden nicht geklärt.

Der Kanton versuchte, vor allem auf der Grundlage des Gemeindegesetzes von 1974, eine aktive Rolle zur Stärkung der Gemeinden zu spielen. Im Jahre 1980 verfügte lediglich ein Fünftel der damals rund 100 finanzschwachen Gemeinden über eine Kanzlei. Durch die Schaffung von zahlreichen Kanzleistellen wurden die Behördenmitglieder entlastet und durch eine professionelle Hilfe in der behördlichen Tätigkeit unterstützt. Der Förderung der interkommunalen Zusammenarbeit wurde besondere Beachtung geschenkt, weil sich vielerorts nur dadurch die Gemeindeaufgaben ohne Fusion mit einer anderen Gemeinde erfüllen liessen. Dadurch entstand eine grosse Zahl von Gemeindeverbindungen, welche die Aufgaben in den verschiedenen Bereichen (z.B. Kanzlei, Schule, Abwasserbeseitigung, Forstwesen, Feuerwehr) erfüllten. Im Verlaufe der Zeit wuchs die Erkenntnis, dass damit zwar die Aufgabenerfüllung erleichtert wurde, die interkommunale Zusammenarbeit jedoch auch gewichtige Nachteile mit sich brachte.

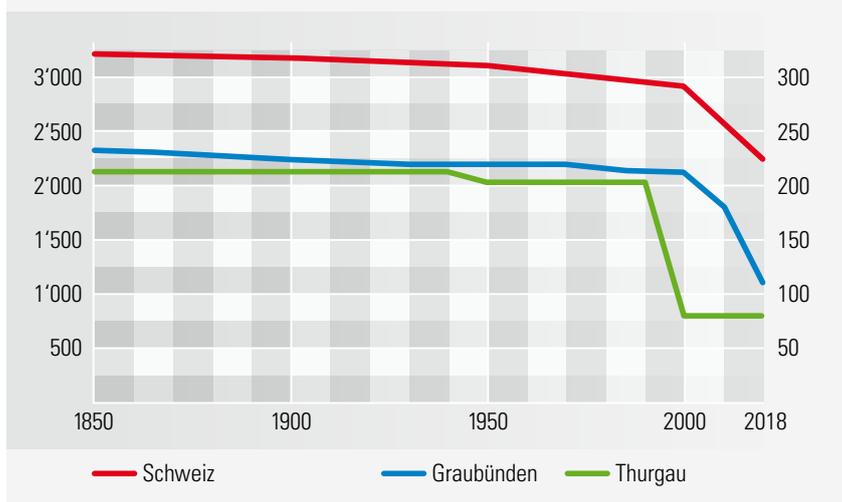
Förderung von Gemeindefusionen

Mit der ausdrücklichen Erwähnung in Art. 64 der Kantonsverfassung, wonach der Kanton den Zusammenschluss von Gemeinden fördert, entwickelte die Regierung in den darauffolgenden Jahren ein umfassendes Instrumentenset zur Förderung von Gemeindefusionen. Ein wichtiges Glied in der Kette der Fördermassnahmen war die Verbesserung der Finanzlage durch eine Leistungssteigerung und Verfeinerung des interkommunalen Finanzausgleichs. Dadurch konnte der Nachholbedarf an Infrastrukturanlagen in den Gemeinden gestillt werden, wodurch heute in weiten Teilen des Kantons ein hoher Ausbaustand der öffentlichen Infrastruktur besteht.

Obwohl die Anreize aus kantonaler Sicht gross waren, erfolgte der unmittelbare Anstoss zu den allermeisten Fusionen auf der kommunalen Ebene. Vielfach waren Schwierigkeiten bei der Behördenbesetzung der unmittelbare Auslöser. Die Anzahl Gemeinden nahm deshalb nach dem Jahre 2000 verstärkt ab. Trotzdem verfügte der Kanton noch bis 2010 über 100 Gemeinden mit weniger als 500 Einwohnerinnen und Einwohner.

Der Grosse Rat befasste sich in der Februarsession 2011 mit strategischen Fragen zur Gemeinde- und Gebietsreform. Er hielt ohne Gegenstimme fest, dass der Kanton überstrukturiert sei. Ziel der Regierung bzw. des Grossen Rates war es deshalb, durch eine weiterhin nach dem Bottom-up-Ansatz initiierte Gemeindefusion die Anzahl Gemeinden bis im Jahr 2020 auf 50 bis 100 Gemeinden, langfristig auf unter 50 Gemeinden zu reduzieren (Quelle: Botschaft GR, Heft Nr. 8/2010 – 2011).

Abb. 1: Entwicklung der Anzahl Gemeinden in der Schweiz (linke Achse) und in den Kantonen Thurgau und Graubünden (rechte Achse)





Heutige Situation

Heute präsentiert sich die Situation im Kanton Graubünden anders. Nachdem in 20 Jahren fast die Hälfte der Gemeinden verschwunden sind, gibt es per 1. Januar 2018 noch 108 Gemeinden. Davon liegt in sieben die Bevölkerungszahl immer noch unter 100 und in 30 unter 500. Zum Vergleich: Im Kanton Thurgau sind es nur zwei (vgl. Abb. 2 und 3). Immerhin ist der Median über 1'000 gestiegen (d.h. 50 Prozent der Einwohner wohnen in einer Gemeinde mit über 1'000 Einwohnern). Die mittlere Einwohnerzahl beläuft sich auf 1'829. In der Schweiz beträgt dieser Wert mit 3'681 fast genau das Doppelte.

Die meisten Gemeinden verfügen heute über eine gut ausgebaute und professionelle Verwaltung und eine solide finanzielle Situation. Sie können die wichtigsten kommunalen Aufgaben ohne Gemeindeverbände selber erledigen. Es ist deshalb im Moment eine Abflachung des Fusionstrends zu erwarten.

Gemeindefusionen allein lösen nicht alle Probleme. Auch wenn die Bündner Gemeinden grossmehrheitlich gut aufgestellt sind, bleiben viele Herausforderungen zu meistern. Diese stehen in Zusammenhang mit der Entwicklung der Wasserzinsen und des Tourismus. Die Abwanderung beschäftigt viele ländliche Gemeinden nach wie vor. Zudem ergeben sich auch aus dem Klimawandel zahlreiche Unsicherheiten, wie der Bergsturz in Bondo eindrücklich vor Augen geführt hat. Die Unterstützung und Solidarität der Unterländer Gemeinden ist immer noch notwendig und zeigt sich in vielen langjährigen kommunalen Partnerschaften.

*Ursin Fetz, Leiter Zentrum für Verwaltungsmanagement der HTW Chur
ursin.fetz@htwchur.ch*

Abb. 2: Bündner Gemeinden 2018 nach Grössenklassen (Ständige Wohnbevölkerung 2016)

Grössenklasse	Anz. Gemeinden	Anz. Einwohner	Anteil Einwohner in %
0–100	7	447	0,2 %
101–500	23	5'760	2,9 %
501–1000	24	18'152	9,2 %
1001–5000	49	105'270	53,3 %
5001–10'000	3	21'981	11,1 %
über 10'000	2	45'940	23,3 %
Total	108	197'550	100,0 %

Abb. 3: Thurgauer Gemeinden 2018 nach Grössenklassen (Ständige Wohnbevölkerung 2016)

Grössenklasse	Anz. Gemeinden	Anz. Einwohner	Anteil Einwohner in %
0–100	0	–	0,0 %
101–500	2	714	0,3 %
501–1000	10	7'829	2,9 %
1001–5000	58	137'222	50,9 %
5001–10'000	4	27'811	10,3 %
über 10'000	6	96'155	35,6 %
Total	80	269'713	100,0 %



In alter Frische

... trafen sich am 12. Juni 2018 die ehemaligen «Gemeindevorsitzenden» zu einer Zusammenkunft im Landgasthof Seelust Egnach. Es zeigte sich kein Bild alternder Gemeindevorsteher; die Teilnehmer erfreuten sich einer robusten Gesundheit – sie waren ja gestählt von ihrer früheren Tätigkeit – und plauderten über Erinnerungen und momentane Lebensfreude. Etwas Information, Aus- und Weiterbildung nebst dem feinen Mittagessen gehörten natürlich auch zur Tagung.

Besonders schön war die Rekordzahl von Teilnehmenden der separaten Tagung gegenüber den bisherigen gemeinsamen Zusammenkünften mit den Aktiven. Einzigartig durften sich die beiden Frauen – eine ehemalige Frau Gemeindeammann und Beatrix Kesselring als die organisierende Geschäftsleiterin des VTG – unter den knapp 50 männlichen Teilnehmern fühlen. Ich denke, dass sich der Frauenanteil künftig erhöhen wird, auch ohne festzulegende Frauenquote. Eine grosse Gruppe stellte der Gemeindeammännerchor dar – fast alle pensioniert bis auf die beiden «Exoten» der noch aktiven Gemeindepräsidenten.

Neue Form der Treffen ehemaliger Gemeindevorsitzenden

Wenn bis anhin die Ehemaligen zur gemeinsamen Tagung mit allen aktiven Gemeindeammännern eingeladen waren, so ist diesmal die erste neue Form der Zusammenkunft umgesetzt worden. Und es wurde gleichzeitig noch ein neuer Begriff der «kommunaloberen Herrschaften» eingeführt: Gemeindevorsitzende. (Man wird sich an den neuen Begriff gewöhnen müssen.) Somit sind alle Titel wie Herr Gemeinde- und Stadtammann, Frau Gemeinde- und Stadtammann, Gemeinde- und Stadtpräsident/-in im Oberbegriff der Kommunalführung eingeschlossen. Denn irgendwann werden alle alten und neuen Amtsträgerinnen und Amtsträger zu Ehemaligen werden.

Dass die Trennung der Zusammenkunft Ehemaliger und Aktiver fortan stattfindet, wurde am 1. Dezember 2017 beschlossen. Aufgrund der Absicht des VTG, die Frühlings-

tagung der aktiven Gemeindepräsidenten/-innen und das Treffen der ehemaligen Gemeindevorsitzenden zu trennen, wurde an einer Zusammenkunft der Ehemaligen gemeinsam diskutiert und die Rahmenbedingungen der künftigen Tagungen sowie deren Organisation festgelegt. Es zeigte sich ja bei den Zusammenkünften, dass die Bedürfnisse der Aktiven und Ehemaligen unterschiedlich sind und auch die Organisation immer schwieriger wird.

Der Vorschlag des VTG für ein (separates) Ehemaligen-Treffen wurde mehrheitlich gut aufgenommen und eine Zusammenkunft pro Jahr vom Durchführungsort her alternierend begrüsst. Kurt Helg stellte sich als Verbindungsmann zur Verfügung. Die Konsumation geht neu jeweils zu Lasten der Teilnehmenden, aber für Organisation/Versand der Einladungen ist wie bisher die VTG-Geschäftsstelle zuständig.

Interessantes Programm

An dieser Tagung wurde Interessantes geboten und auch das Rahmenprogramm begeistert. Zu diesem Rahmenprogramm gehörten die Lieder des Gemeindeammännerchors, der zu Beginn und zum Abschluss seine Lieder erklingen liess. Dass dieser einzigartige Chor immer neue Mitsänger sucht, ist wohl bekannt, aber nicht genutzt. Auch das Mittagessen und das gemütliche Beisammensein trugen nach dem obligaten Apéro zum Wohlfühlen bei.

Der Präsident des VTG Kurt Baumann und die umsichtige Geschäftsleiterin Beatrix Kesselring hatten die Tagung mustergültig vorbereitet. Ein Grusswort gehörte natürlich

dem gastgebenden Gemeindeammann – oh pardon – Gemeindepräsident Stephan Tobler.

Gut zu wissen

Stefan Birchler als Geschäftsführer des Vereins Thurgauer Wanderwege zeigte ein gutes Bild der wichtigen Tätigkeit dieser Wanderfreunde. In seinen Ausführungen kam nicht nur zur Geltung, wer die Wanderwege festlegt, sondern vor allem wer für den Unterhalt zuständig ist.

Aktuelles aus dem VTG berichtete der Präsident Kurt Baumann mit Themen wie:

- Auswirkungen auf den VTG-Vorstand hinsichtlich der Legislatur 2019 – 2023; in verschiedenen Gemeinden kommt es zu einem Wechsel im Präsidium (also neue Ehemalige.)
- Projekt ärztliche Grundversorgung in den Gemeinden
- Einigung zwischen dem VTG und dem Tiefbauamt Thurgau betr. Vereinbarungen gegenseitiger Verrechnungen für die Entwässerung der Kantonsstrassen
- Spitex-Leistungen: Neuer Vorschlag für die Entlastung der Gemeinden
- WEKO-Klage

Verwunderliche Thurgauer Geschichte

Ohne die anderen Vorträge zu schmälern, waren die Ausführungen des ehemaligen Gemeindeammanns Ueli Gubler (1995 bis 2007 in Stettfurt) und Kantonalen Thurgauer Landkäufer wohl die Interessantesten. Er zeigte mit



seinem Vortrag und Bild Darstellungen einen wunderschönen Teil der Geschichte des Kantons Thurgau auf, die wohl noch nie in dieser Form und Tiefe aufgearbeitet war. Superlativ konnte er aufzeigen, dass der Thurgau bzw. das Gebiet des heutigen Kantons mit über 150 Burgen, Schlösser und Klöster die höchste Dichte der Schweiz hatte. Und im Feuerwerk der seriösen Geschichtsdarstellung waren ziemlich viele verwunderliche Episoden enthalten. An dieser Stelle über den ganzen Inhalt zu berichten, würde weitere zehn Seiten der Zeitschrift «direkt» füllen. Somit empfehle ich den Kauf des einzigartigen Geschichtswerkes im Buch von Ueli Gubler «Geschichte und Geschichten rund um den Thurgau» bzw. im Thurgau. Eigentlich müsste der einstige Gemeindeamman heute als Geschichtspräsident für die Thurgauer Lehrer und Lehrerinnen amten und diese gehörig weiterbilden.

Tröstende Behandlung nötig

Viel Trost benötigen die Ehemaligen in nächster Zeit, weil sie erfahren mussten, dass die Strahlefrau Beatrix Kesselring die Geschäftsstelle des VTG verlässt und neu Gemeindegeschichtsschreiberin und Verwaltungsleiterin in Sirnach wird. Wäre sie wenigstens irgendwo Gemeindepräsidentin geworden, könnten wir das noch verschmerzen, weil sie später auch zu den ehemaligen «Gemeindevorsitzenden» gehören würde. Ja, nun denn, lassen wir unsere Trix mit einem herzlichen Dank ziehen.

Josef Mattle, Stadtmann aD
josef.mattle@mattle.biz

Desillusioniert vom Bürgerort

Schreibt Ueli Gubler die Geschichte neu? Diese Frage kam in mir unweigerlich auf, als dieser in seiner eigenständigen Thurgauer Geschichtsdarstellung über meinen zweiten Bürgerort Griesenberg TG berichtete. Er beschreibt, dass Ritter Heinrich IV. von Griesenberg (heutige Gemeinde Amlikon-Bissegg) ein Vogt der Habsburger war. Es halte sich hartnäckig das Gerücht, dass dieser Heinrich von Griesenberg der Figur des Gessler entsprach. Er geisterte als «Griesler», auch «Grissler», durch die Geschichte und Chroniken. 1768 erhielt die Tellskapelle sogar ein neues Wandbild von der Hohlen Gasse mit der Aufschrift: «Hier ist Grisslers Hochmuoth von Thäll erschossen». Jetzt bin ich nicht mehr so stolz über meinen Bürgerort Griesenberg TG. Aber Ueli Gubler reiht sich in die berühmten Figuren der Künstler ein, welche die Sage «Wilhelm Tell» beschreiben, wie zum Beispiel Schiller mit seinem Drama (1804) oder Rossini in der Oper «Guillaume Tell» (1829).

Anzeige

zurbuchen.
objekt. raum. design.



PLANUNG UND MÖBLIERUNG FÜR:

- Arbeitsplätze
- Empfang
- Besprechung



Zurbuchen AG Amlikon
Fabrikstrasse 2 | 8514 Amlikon-Bissegg
www.zurbuchen.com

**Kanton St.Gallen
Berufs- und Weiterbildungszentrum
Wil-Uzwil**




Entdecke die Begabung in dir.

Führungsschule öffentliche Verwaltung

Start Lehrgang am 6. März 2019

Informationsabende
Schützenstrasse 8, 9500 Wil

Neu mit Passarelle zum CAS
(Certificate of Advanced Studies)

Di, 21. August 2018, 18.00 Uhr
Do, 27. September 2018, 18.00 Uhr
Mi, 28. November 2018, 18.00 Uhr

www.bzwu.ch



Schützenstrasse 8 | 9500 Wil | Tel. 058 228 72 50 | weiterbildung@bzwu.ch

Ruf GEVER

**eAkte statt Papierberge –
digitale Daten zentral abgelegt
und von überall abrufbar.**



Ruf Gruppe, 8952 Schlieren, www.ruf.ch, Tel. 044 733 81 11



WEITERBILDUNG FÜR DIE ÖFFENTLICHE VERWALTUNG

Finanzplanung in der Gemeinde

Donnerstag, 27. September 2018

Rechnungsprüfung in der Gemeinde

Donnerstag, 8. November 2018

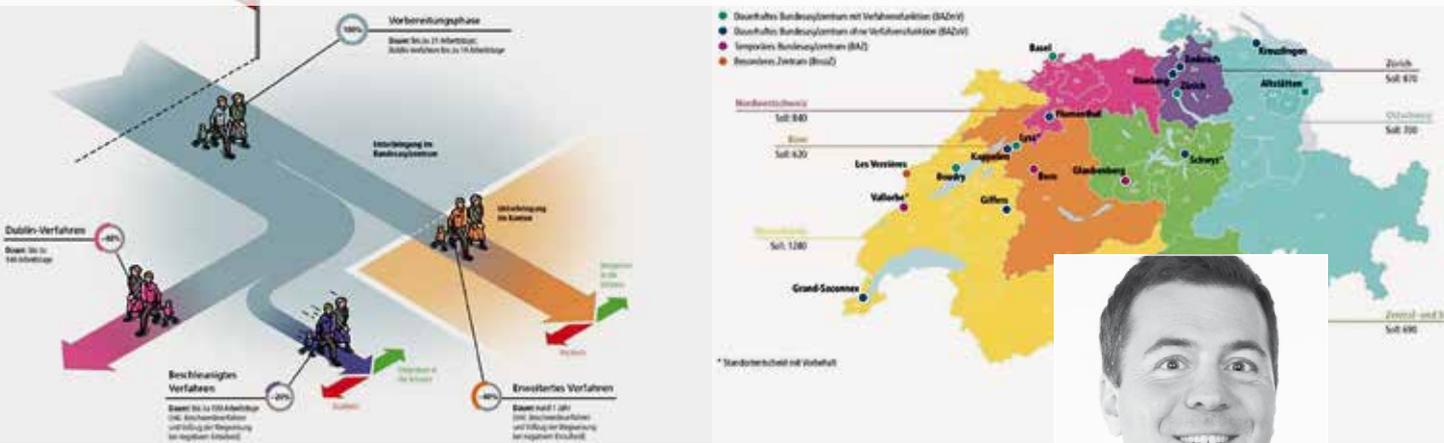
Geschäftsprüfung in der Gemeinde

Donnerstag, 29. November 2018

Weitere Informationen finden Sie unter www.bdo.ch/veranstaltungen

BDO AG
St. Gallen 071 228 62 00
Herisau 071 353 35 33
Frauenfeld 052 728 35 00





Asylverfahren ab 1. März 2019 (links); Die Bundesasylzentren in den sechs Regionen (rechts)
Quelle: www.sem.admin.ch

Neustrukturierung Asyl Thurgau

Am 8. Juni 2018 hat der Bundesrat die Inkraftsetzung der Beschleunigung der Asylverfahren per 1. März 2019 beschlossen. Dies bedeutet, dass das bisherige Empfangs- und Verfahrenszentrum (EVZ) Kreuzlingen zu einem Bundesasylzentrum ohne Verfahrensfunktion (BAZoV) wird. Im Kanton Thurgau laufen die Vorbereitungsarbeiten zur Umsetzung der notwendigen Massnahmen und Anpassungen zeitgleich mit dem neuem Bundesrecht: Im Dezember 2017 betraute der Regierungsrat eine Projektgruppe mit dieser Aufgabe.

Eine Dienstreise führte Bundesrätin Sommaruga 2011 nach Holland. Grund dafür waren die beschleunigten Asylverfahren, die Holland eingeführt hatte: 70 Prozent aller Gesuche wurden innerhalb von zwei Monaten erledigt.*

Anders in der Schweiz: hier lag die Verfahrensdauer bei durchschnittlich 413 Tagen – eine Situation, die sich in den letzten Jahren geringfügig besserte. Bis eine Person ihren Asylentscheid erhält, geht sie eventuell bereits einer Arbeit nach und schulte ihre Kinder ein. In anderen Fällen verstreicht diese Zeit ungenutzt und die Motivation, sich zu integrieren, schwindet immer mehr. Wenn dann endlich ein positiver Entscheid erfolgt, ist die Integration umso herausfordernder. Umgekehrt ist das Verständnis für einen Negativentscheid bei erfolgter Integration kaum mehr gegeben und die Bereitschaft, die Schweiz zu verlassen, entsprechend klein.

Am 5. Juni 2016 wurde das erneuerte Asylgesetz dem Schweizer Stimmvolk unterbreitet. Es befürwortete die Gesetzesänderung.

Beschleunigte Asylverfahren

Das neue Asylsystem baut auf drei Kernideen auf. Erstens: Dezentralisierung der Verfahrensführung. Bislang wurden die Asylsuchenden an verschiedenen Standorten untergebracht, die Asylverfahren jedoch zentral in Bern geführt. Neu bilden die Kantone sechs Asylregionen. Die Verfahren werden in jeder Region zentral an einem Standort geführt – in der Asylregion Ostschweiz in Altstätten. Damit ist möglich, die zweite Kernidee für die Beschleunigung

der Verfahren zu verwirklichen, die Konzentration aller relevanten Akteure an einem Standort. Drittens werden die Verfahren neu in drei Kategorien eingeteilt: Beschleunigte Verfahren, Dublin-Verfahren (anderer europäischer Staat fürs Asylverfahren zuständig) und erweiterte Verfahren. Alle Verfahren folgen einem strikten zeitlichen Ablauf. Im Idealfall werden die beschleunigten und die Dublin-Verfahren rechtskräftig abgeschlossen, während sich die Personen noch in der Zuständigkeit des Bundes befinden. Den Kantonen werden nur noch Personen in erweiterten Verfahren zur Unterbringung und, ist der Entscheid positiv, zur Integration zugewiesen. Personen mit Negativentscheid werden für die Zeit bis zu ihrer Ausreise in ein BAZoV verlegt. Zuständig für die Organisation der Ausreisen dieser Personen ist der Standortkanton.

Zusammengefasst ist die Neustrukturierung Asyl eine Fokussierung auf rasche Klarheit über den Asylentscheid mit anschliessend zeitnaher Ausreiseorganisation oder gezielter Integration. Die beschleunigten Verfahren werden in Zürich bereits seit 2014 – im Rahmen eines Testbetriebes – erfolgreich durchgeführt.

Projektgruppe Neustrukturierung Asyl

Die Projektgruppe analysierte, was die Rolle als Standortkanton des BAZoV der künftigen Asylregion Ostschweiz für den Kanton Thurgau bedeutet. Die grösste Veränderung ist, dass der Kanton deutlich mehr Ausreisen zu organisieren haben wird, nämlich zusätzlich

den Grossteil der Ausreisen aus Dublin- oder beschleunigten Asylverfahren, welche bislang die anderen Kantone der künftigen Asylregion Ostschweiz abwickelten. Dieser Mehraufwand fällt hauptsächlich beim Migrationsamt an, das dafür zusätzliche Ressourcen benötigt.

Personen, deren Ausreise nicht ab dem BAZoV vollzogen werden kann, treten in die Nothilfestrukturen des Kantons über. Die Anzahl der Langzeitnothilfebezügler könnte somit tendenziell ansteigen, denn unabhängig von den bereitgestellten Ressourcen können weiterhin nicht alle Personen rückgeführt werden. Dies etwa, wenn die Herkunft nicht festgestellt werden kann oder medizinische Gründe gegen eine Ausreise sprechen.

Für den Mehraufwand in der Ausreiseorganisation erhält der Kanton Thurgau eine Kompensation in Form von weniger Zuteilungen von Asylsuchenden in erweiterten Verfahren. Dies bedeutet für die Gemeinden und den Kanton mittelfristig einen geringeren Aufwand für Integration und Sozialhilfe von anerkannten Flüchtlingen.

Die Projektarbeiten stellen sicher, dass der Kanton für die vom Stimmvolk gutgeheissene Beschleunigung der Asylverfahren bereit sein wird und die gesetzliche Aufgabe in der Verbundaufgabe Asyl erfüllen kann. Der Regierungsrat wird zu gegebener Zeit in geeigneter Form über die laufenden Vorbereitungen informieren.

Maria Regli, Wissenschaftliche Mitarbeiterin Migrationsamt, maria.regli@tg.ch
Camillus Guhl, Amtsleiter Migrationsamt, camillus.guhl@tg.ch

* <https://www.tagesanzeiger.ch/schweiz/standard/In-Holland-dauern-Asylverfahren-nur-acht-Tage/story/27523546?track>



Abschied mit einem lachenden und einem weinenden Auge

Wenn ich heute auf meine gut sechsjährige Tätigkeit als Geschäftsleiterin zurückblicke, dann ziehe ich folgendes Fazit: Der VTG hat meine Erwartungen vollumfänglich erfüllt und mir eine vielseitige, nicht alltägliche Aufgabe übertragen, die meine Selbständigkeit unter Beweis stellte, mich forderte und zufrieden machte. Mir bleiben viele interessante Gespräche, Begegnungen und Erkenntnisse – und ein Vorgesetzter in für mich lediglich anderer Funktion.

Meine Anstellung beim VTG war nicht nur geprägt von einer breiten Palette an Aufgaben. Ich war von verschiedensten Wechseln betroffen, einige davon bescherten mir massiven Mehraufwand, andere wiederum wirkten sich vor allem auf die verbandsinterne Zusammenarbeit aus.

Zweimal umgezogen

Einige Leserinnen und Leser mögen sich erinnern, dass mein Arbeitsort im Mai 2012 noch im Zentrum von Amriswil lag bzw. im Dezember 2012 der Umzug der Geschäftsstelle nach Weinfelden und nur fünf Jahre später ein weiterer Umzug innerhalb von Weinfelden erfolgte. Eine bessere Gelegenheit hätte es wohl

nicht geben können, den VTG kennenzulernen. Nebst Verhandlungen mit Umzugs-, Reinigungs- oder Informatikunternehmen half ich selbstverständlich beim Packen von Schachteln mit. Dank der guten Vorbereitung verliefen beide Umzüge ohne Zwischenfälle, worauf ich schon etwas stolz bin.

Wechsel im Präsidium und im Sekretariat

Für nur 31 Tage war Roland Kuttruff mein Chef, ehe es zum Wechsel im Präsidium kam. Trotz Bewusstsein, dass der Gesamtvorstand über meine Anstellung befunden hatte, bleibt Roli eine zentrale Figur in meiner beruflichen Karriere. Die entstandene Freundschaft und die

gelegentlichen Treffen freuen mich deshalb besonders.

Die Wechsel im Sekretariat in den vergangenen Jahren hatten glücklicherweise nichts mit mir zu tun. Esther Rüthemann zog es Ende 2012 in die Privatwirtschaft und mit der Anstellung von Martin Sax war von allem Anfang an bekannt, dass er in zwei Jahren endgültig den Ruhestand geniessen möchte. Ab Juli 2015 ergänzte Andrea Waltenspül das Zweigespann auf der VTG-Geschäftsstelle. Ich erlebte mit allen drei Mitarbeitenden eine sehr gut funktionierende Zusammenarbeit und darf auf lustige Begegnungen auch ausserhalb der Arbeitszeit zurückblicken.

Vielen Dank und alles Gute!

Ich erlebte eine wunderbare, wenn auch teils intensive Zeit beim VTG und grosse Unterstützung seitens verschiedener Amtsstellen und Personen – ganz herzlichen Dank! Meiner Nachfolgerin wünsche ich eine ebenso gute Zusammenarbeit, viel Freude und gutes Gelingen bei ihrer Tätigkeit. Für mich heisst's nun: Auf nach Sirnach.

Beatrix Kesselring, Geschäftsleiterin VTG bis 31. Juli 2018, beatrix.kesselring@vtg.ch

Anzeige

KOMMUNALFORUM THURGAU 2018

Montag, 19. November 2018, 16.00 Uhr, Casino Frauenfeld

Die Thurgauer Kantonalbank freut sich, die politischen Vertreterinnen und Vertreter auf Gemeinde-, Kantons- und Bundesebene sowie die Thurgauer Schulbehörden zum Kommunalforum 2018 einzuladen.

Dieses Jahr steht das Thema «Diplomatie – die Kunst und Praxis des Verhandeln» im Fokus.

Die Thurgauer Regierungsrätin Monika Knill wird über persönliche Erfahrungen der Alltags-Diplomatie in der Thurgauer Politik berichten.

Dr. Paul Widmer – ehem. Schweizer Diplomat, Lehrbeauftragter für internationale Beziehungen an der Universität St. Gallen, Buchautor und Gastkolumnist der NZZ am Sonntag – entführt Sie in die spannende Welt der Diplomatie und lässt Sie an seinen reichen Erfahrungen teilnehmen.

Schön, wenn Sie diesem Anlass einen Platz in Ihrer Agenda schenken. Das Detailprogramm folgt im Herbst 2018.

FÜRS GANZE LEBEN  Thurgauer Kantonalbank



Stellenmeldepflicht als Gewinn für alle Akteure der Wirtschaft

Seit dem 1. Juli 2018 gilt in der Schweiz der sogenannte «Inländervorrang light». Dieser beinhaltet die neue Stellenmeldepflicht. Offene Stellen in Berufen mit einer hohen Arbeitslosenquote müssen den Regionalen Arbeitsvermittlungszentren (RAV) gemeldet werden. Ziel der Meldepflicht ist es, das inländische Arbeitskräftepotential besser zu nutzen und gleichzeitig die Zuwanderung zu verringern.

Arbeitgeber-Service grundsätzlich allen Unternehmen offensteht, die Stellen zu besetzen haben – egal ob diese der Stellenmeldepflicht unterstellt sind oder nicht.

*lic. iur. RA Daniel Wessner, Amtsleiter Amt für Wirtschaft und Arbeit Kanton Thurgau
daniel.wessner@tg.ch*

Betroffen von der Stellenmeldepflicht sind alle Berufe, die schweizweit eine Arbeitslosenquote von acht Prozent und mehr aufweisen. Ab Januar 2020 soll dieser Schwellenwert auf fünf Prozent gesenkt werden. Betroffen sind in erster Linie Berufe des Bauhaupt- und Baunebengewerbes, des Gastgewerbes und der Landwirtschaft. Eine detaillierte Liste mit allen meldepflichtigen Berufen kann im Internet unter www.arbeit.swiss abgerufen werden.

Wertvolle Internet-Plattform

Mit dem Webauftritt www.arbeit.swiss stellt das SECO für die Umsetzung der Stellenmeldepflicht eine wertvolle Internet-Plattform zur Verfügung. Diese Online-Plattform ist für Stellensuchende, Wirtschaft, Gemeinden sowie die RAV das zentrale Werkzeug. Auf www.arbeit.swiss werden laufend aktuelle Informationen zur Stellenmeldepflicht bereitgestellt. Hier finden Interessierte die Listen mit den jeweils von der Stellenmeldepflicht betroffenen Berufsarten sowie die zugeordneten Berufsbezeichnungen. Auch die Abwicklung der Meldung einer offenen Stelle erfolgt einfach und schnell online über das Portal. Administrative Abläufe zwischen Stellensuchenden, den RAV und den Arbeitslosenkassen können auf diese Weise vermehrt papierlos abgewickelt werden. Die Lancierung des Portals ist ein wesentlicher Schritt zu einer digitalen und nutzerorientierten Verwaltung im Rahmen der E-Government-Strategie Schweiz.

Stellenmeldepflicht als Chance

Ich persönlich erachte die Stellenmeldepflicht

als Chance – sowohl für die Stellensuchenden als auch für die Arbeitgebenden. Es ist die Aufgabe des kantonalen Amtes für Arbeit und Wirtschaft, die Vorgaben erfolgreich umzusetzen. Wir gestalten die Umsetzung im Thurgau zwar schlank und effizient, dennoch ist die Umsetzung der Stellenmeldepflicht mitsamt Datenschutz eine grosse Herausforderung. Insbesondere sind wir auf die Akzeptanz und eine gute Zusammenarbeit mit den verschiedenen Beteiligten angewiesen, auch mit den Gemeinden.

Erfolg ist abhängig von der Wirtschaft

Ob die Stellenmeldepflicht den erwünschten Erfolg bringen wird, ist von verschiedenen Faktoren abhängig. Besonders wichtig sind die Identifikation und das Engagement der Wirtschaft. Nur wenn diese den Sinn und die Vorteile der Stellenmeldepflicht erkennt und die offenen Stellen auch wirklich mit jenen Fachkräften besetzt, die durch die RAV vermittelt werden, kann die Massnahme greifen und erfolgreich sein. Arbeitgebende profitieren von einem schnellen und kostenlosen Service unserer RAV. Meldet ein Arbeitgeber eine Stelle, erhält er innerhalb von drei Arbeitstagen passende Dossiers von Stellensuchenden unverbindlich zur Ansicht. Die Arbeitgebenden entscheiden selbst, ob sie eine Kandidatin oder einen Kandidaten zum Vorstellungsgespräch einladen möchten. Wir hoffen natürlich, dass möglichst viele der vorgeschlagenen Personen eine Chance erhalten und werden bei der Auswahl der Dossiers auf eine hohe Qualität achten. Wichtig zu wissen ist, dass unser

Am 9. Februar 2014 haben Volk und Stände die Masseneinwanderungs-Initiative gutgeheissen. Nach intensiven Diskussionen verschiedener Vorlagen einigte sich das eidgenössische Parlament im Herbst 2016 auf eine Lösung, die auch mit der Personenfreizügigkeit der EU kompatibel ist: der sogenannte «Inländervorrang light». Dieser sieht bei der Stellenbesetzung in Berufsarten mit überdurchschnittlich hoher Arbeitslosigkeit einen Vorrang von Personen im Inland vor. Damit soll das inländische Arbeitskräftepotential besser genutzt werden.

Melden einer offenen Stelle:

Online www.arbeit.swiss
Telefonisch 058 345 56 60
Per E-Mail rav.amriswil@tg.ch
rav.frauenfeld@tg.ch
rav.kreuzlingen@tg.ch

www.arbeit.swiss ist die zentrale Online-Informations- und Servicedrehscheibe rund um das Thema Arbeit. Sie fasst sämtliche relevanten Dienstleistungen für Stellensuchende, Arbeitgebende, Arbeitsvermittelnde und Institutionen auf einer gemeinsamen Plattform zusammen. Darüber hinaus ist www.arbeit.swiss das zentrale Instrument zur Umsetzung der Stellenmeldepflicht.



DAS GIBT'S NUR BEI UNS!

Steckborn ist das Mekka für Oldtimerfans

Tolle Autos der Jahrgänge 1913 bis 1986 und schnelle Motorräder nicht jünger als Jahrgang 1975 treffen sich am Wochenende vom 22./23. September 2018 in Steckborn am Untersee, wo zum vierten Mal das Memorial Bergrennen ausgetragen wird. Bereits sind über 250 Anmeldungen eingegangen, darunter etliche Fahrzeug-Raritäten mit prominenten Fahrern.

Bei den Vorkriegsmodellen stechen die gewaltigen American La France hervor, die ursprünglich auf robusten amerikanischen Feuerwehrfahrzeugen basieren. Roland Britschgi und Ruedi Schawalder treten mit diesen Hubraummonstern (14 Liter Hubraum; Jahrgang 1919 und 1917) an und werden für Spektakel sorgen. Am anderen Ende des Hubraumspektrums finden sich etwa ein Spatz 200 (196 ccm) von 1956, der Fiat 500 des Steckborners Heinrich Stutz (499 ccm) und natürlich der seltene Jawa 600 Roadster von Herbert Bürgi (615 ccm). Mehr auf: www.bergrennen-steckborn.ch und www.acs-thurgau.ch.

Verein Freunde des Bergrennens Steckborn

AGENDA

20.8.2018	Lehrgangsstart Fachperson Rechnungswesen in öffentlichen Verwaltungen , Weinfelden	
21.8.2018	Infoabend Führungsschule öffentliche Verwaltung FSöV , Wil	
30.8.2018	Tagung für die Informatikverantwortlichen in den Gemeinden , Weinfelden	VTG
5.9.2018	Lehrgangsstart Fachperson Steuern – mit Vertiefung Gemeindesteuern oder Steuerberatung , Weinfelden	
6.9.2018	Veranstaltung VTG/VTE/EKT , Weinfelden	VTG
13.9.2018	Tagung Stadt- und Gemeindepräsidenten/innen , Schloss Hagenwil	VTG
20.9.2018	Tagung Bauverwalterinnen und Bauverwalter , Bottighofen	VTG
27.9.2018	Infoabend Führungsschule öffentliche Verwaltung FSöV , Wil	
24.10.2018	Informationsveranstaltung alle Lehrgänge öffentliche Verwaltung , Weinfelden	
26.10.2018	Lehrgangsstart Verwaltungsökonom/in Thurgau , Weinfelden	
1.11.2018	Tagung Finanzverwalterinnen und Finanzverwalter , Bischofzell	VTG
13.11.2018	Tagung Leiterinnen und Leiter Steuerämter Thurgau , Bürglen	VTG
14.11.2018	Herbstkonferenz TKöS	
15.11.2018	6. Netzwerktreffen Kinder- und Jugendförderung im Lebensraum Thurgau , Weinfelden	
27.11.2018	Tagung Einwohnerdienste Thurgau , Arbon	VTG
6.3.2019	Lehrgangsstart Führungsschule öffentliche Verwaltung FSöV , Wil	
24.4.2019	15. Delegiertenversammlung des VTG , Weinfelden	VTG
6.5.2019	Frühlingstagung Stadt- und Gemeindepräsidenten/-innen , Tägerwil	VTG
9.5.2019	2. Treffen ehemalige Gemeindevorsitzende , Tägerwil	VTG

Weitere Informationen erhalten Sie unter www.vtg.ch. Bei Fragen zu den Veranstaltungen oder zur Anmeldung erteilt Ihnen die VTG-Geschäftsstelle gerne Auskunft.

Veranstaltungen des VTG	VTG
Veranstaltungen anderer Anbieter	

Herausgeber

Verband Thurgauer Gemeinden

Redaktionskommission

Beatrix Kesselring (Vorsitz), Weinfelden; Marcel Aeschlimann, Eschlikon; Michael Christen, Bischofzell; Manuela Fritschi, Aadorf; Willy Nägeli, Fischingen; Anders Stokholm, Frauenfeld; Andrea Waltenspül, Weinfelden

Redaktion und Adressverwaltung

Verband Thurgauer Gemeinden, Thomas-Bornhauser-Strasse 23a, 8570 Weinfelden, Tel. +41 71 622 07 91, info@vtg.ch, www.vtg.ch

Layout und Gestaltung

w graphic design, www.loft3.ch

Druck

Medienwerkstatt AG, www.medienwerkstatt-ag.ch

Auflage

2'000 Ex.

Redaktionsschluss «direkt» Nr. 98

26. September 2018

Gerne stellen wir Ihnen weitere Exemplare dieser Publikation zu.